

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abbildungsverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Kapitel A

Der Weg zum Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)

I. Weitgehende Erfolglosigkeit bisheriger gesetzgeberischer Initiativen zum Schutz von Hinweisgebern	1
1. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Hinweisgebern – Whistleblowern (Hinweisgeberschutzgesetz – HinwGebSchG) ..	1
2. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Transparenz und zum Diskriminierungsschutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblower-Schutzgesetz)	4
3. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Transparenz und zum Diskriminierungsschutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblower-Schutzgesetz)	5
II. Fragmentarisches Bestehen von Normen zum Schutz hinweisgebender Personen bzw. zur Implementierung von Hinweisgebersystemen	7
III. Befassung nationaler Gerichte zur (Fort-)Entwicklung des (arbeits-)rechtlichen Schutzes von Hinweisgebern	7
1. BVerfG, 2.7.2001 – 1 BvR 2049/00	7
2. BAG, 3.7.2003 – 2 AZR 235/02	9
3. BAG, 7.12.2006 – 2 AZR 400/05	11
4. BAG, 27.9.2012 – 2 AZR 646/11	13
5. LAG Rheinland-Pfalz, 15.5.2014 – 5 Sa 60/14	14
IV. Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden	15
V. Gescheiterter Referentenentwurf des BMJV	16
VI. Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937	18
VII. Gesetzentwürfe der Bundesregierung (insbesondere BT-Drs. 20/3442) und Zustimmungsversagung durch Bundesrat. ...	18
VIII. Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union	19

VII

IX. Einigung im Vermittlungsausschuss sowie Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	20
X. Inkrafttreten.	21

Kapitel B

Wesentliche Grundlagen des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG)

I. Inkrafttreten.	23
II. Anwendungsbereich	25
1. Persönlicher Anwendungsbereich (§§ 1, 34 HinSchG)	25
2. Sachlicher Anwendungsbereich	28
III. (Ausgewählte) Begriffsbestimmungen	31
1. Informationen über Verstöße (§ 3 Abs. 2 und 3 HinSchG)	32
2. (Interne oder externe) Meldungen (§ 3 Abs. 4 HinSchG)	33
3. Offenlegung (§ 3 Abs. 5 HinSchG)	34
4. Repressalien (§ 3 Abs. 6 HinSchG)	34
5. Folgemaßnahmen (§ 3 Abs. 7 HinSchG)	35
6. Beschäftigte (§ 3 Abs. 8 HinSchG)	36
7. (Private) Beschäftigungsgeber (§ 3 Abs. 9 und 10 HinSchG)	36

Kapitel C

Einrichtung interner Meldestellen

I. Interne Meldestelle nach § 12 Abs. 1 Satz 1 HinSchG.	39
II. Beschäftigungsgeber als normverpflichtete Adressaten für die Einrichtung und den Betrieb einer internen Meldestelle	39
1. Grundsatz: Größenabhängige Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb einer internen Meldestelle (§ 12 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 HinSchG)	39
a) Beschäftigungsgeber (§ 3 Abs. 9 HinSchG)	39
b) Beschäftigte (§ 3 Abs. 8 HinSchG)	42
c) „In der Regel“ Beschäftigte	42
d) Mindestens 50 Beschäftigte	43
2. Ausnahme: Größenunabhängige Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb für Unternehmen aus hochregulierten Sektoren (§ 12 Abs. 3 HinSchG)	44

III. Mehrere Gestaltungsvarianten zur Einrichtung einer internen Meldestelle	45
1. Beschäftigte Person oder Arbeitseinheit als interne Meldestelle ..	46
a) Beschäftigte Person (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 HinSchG)	47
b) Aus mehreren beschäftigten Personen bestehende Arbeitseinheit (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HinSchG)	48
2. Betrauen eines Dritten mit den Aufgaben einer internen Meldestelle.	50
a) Zulässigkeit der Betrauung eines Dritten (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 3 HinSchG)	50
b) Exkurs: (Europa-)Rechtliche Zulässigkeit der sog. Konzernlösung?	53
c) Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung einer Beauftragung von Dritten mit den Aufgaben einer internen Meldestelle	56
d) Betrauung eines Dritten entbindet Beschäftigungsgeber nicht von eigenen Pflichten (§ 14 Abs. 1 Satz 2 HinSchG)	57
3. „Betrachtung“ mit den Aufgaben einer internen Meldestelle	58
4. Gemeinsame Stelle mehrerer privater Beschäftigungsgeber	60
a) Zulässigkeit einer Gemeinsamen Stelle (§ 14 Abs. 2 Satz 1 HinSchG)	60
b) Geringe praktische Relevanz der Gemeinsamen Stelle	61
c) (Wohl) Beschränkte Geeignetheit für Umsetzung innerhalb eines Unternehmens- bzw. Konzernverbunds.	62
d) Rückgriff auf Gemeinsame Stelle entbindet privaten Beschäftigungsgeber nicht von eigenen Pflichten (§ 14 Abs. 2 Satz 2 HinSchG)	62
IV. Anforderungsprofil für die Besetzung der internen Meldestelle	63
1. Erteilung der notwendigen Befugnisse (§ 12 Abs. 4 Satz 1 HinSchG)	64
2. Unabhängigkeit bei Ausübung der Tätigkeit (§ 15 Abs. 1 Satz 1 HinSchG)	65
3. Zulässigkeit einer (zusätzlichen) Aufgabenwahrnehmung bzw. -delegation (§ 15 Abs. 1 Satz 2 HinSchG)	69
4. Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 15 Abs. 1 Satz 3 HinSchG)	69
5. Notwendige Fachkunde (§ 15 Abs. 2 HinSchG)	71
6. Ressourcenallokation zugunsten der internen Meldestelle.	73
7. Kein besonderer Kündigungsschutz zugunsten der mit einer internen Meldestelle beauftragten Personen	74

Kapitel D

Aufgaben der internen Meldestelle

I. Betrieb von internen Meldekanälen.	75
1. Pflicht zur Einrichtung interner Meldekanäle	75
2. Zugänglichkeit der internen Meldekanäle	75
a) Zugänglichkeit für (eigene) Beschäftigte sowie etwaige dem Beschäftigungsgeber überlassene Leiharbeitnehmer	76
b) (Optionale) Zugänglichkeit für natürliche Personen, die mit dem Beschäftigungsgeber in Kontakt stehen (§ 16 Abs. 1 Satz 3 HinSchG)	77
3. Vornahme bzw. Entgegennahme von Meldungen	78
a) Meldungen in mündlicher oder Textform (§ 16 Abs. 3 Satz 1 HinSchG)	78
b) Möglichkeit zur persönlichen Zusammenkunft (§ 16 Abs. 3 Satz 3 HinSchG)	79
c) Möglichkeit der Bild- und Tonübertragung (§ 16 Abs. 3 Satz 4 HinSchG)	80
d) Unzulänglichkeit ausschließlich digitaler Meldekanäle	81
4. Abgabe bzw. Pflicht zur Bearbeitung anonymer Meldungen?	83
5. Sicherung der internen Meldekanäle vor unberechtigtem Zugriff .	85
II. Durchführung des Verfahrens nach Eingang einer Meldung.	87
1. Verfahrensablauf nach § 17 Abs. 1 HinSchG	87
a) Eingangsbestätigung gegenüber hinweisgebender Person	88
b) Prüfung der Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs ..	89
c) Kontakthalten mit der hinweisgebenden Person	91
d) Prüfung der Stichhaltigkeit der eingegangenen Meldung	92
e) Ersuchen um weitere Informationen	95
f) Ergreifen angemessener Folgemaßnahmen.	96
2. Einhaltung weiterer Verfahrensgrundsätze.	96
a) Wahrung des Vertraulichkeitsgebots	96
b) Beachtung weiterer (Verfahrens-)Grundsätze außerhalb des HinSchG	98
III. Rückmelde- bzw. Begründungspflichten	98
1. Pflicht der internen Meldestelle zur Rückmeldung nach § 17 Abs. 2 Satz 1 HinSchG	99
a) Rückmeldepflicht nach § 17 Abs. 2 Satz 1 HinSchG	99
b) Anwendbares Fristenregime zur Erfüllung der Rückmeldepflicht	100
c) Ausnahmen von der Rückmeldepflicht	102
2. Begründungserfordernis nach § 17 Abs. 2 Satz 2 HinSchG	103

IV. Ergreifen von (angemessenen) Folgemaßnahmen	104
1. Durchführung interner Untersuchungen	104
a) Fehlende Legaldefinition der „internen Untersuchungen“	105
b) Begriffsbestimmung: Interne Untersuchungen („Internal Investigations“).	105
c) § 18 Nr. 1 HinSchG als konkretisierende Vorschrift der gesellschaftsrechtlich anerkannten Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung	106
d) (Verfahrens-)Grundsätze für die Durchführung interner Untersuchung	107
e) (Weitere) Untersuchungsmaximen	110
f) Schematische Darstellung des Ablaufs einer internen Untersuchung	110
g) Abhilfemaßnahmen	112
2. Verweis der hinweisgebenden Person an zuständige Stelle (§ 18 Nr. 2 HinSchG)	113
3. Abschluss des Verfahrens (§ 18 Nr. 3 HinSchG)	114
4. Abgabe an andere Stelle (§ 18 Nr. 4 HinSchG)	115
V. (Schematischer) Ablauf des Verfahrens	117
VI. Bereitstellung von Informationen	119

Kapitel E

Weitere Aspekte zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen

I. Kontinuierliche Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Besetzung	121
II. Bereitstellung von Informationen über das interne Meldeverfahren (§ 7 Abs. 3 Satz 2 HinSchG)	122
III. Dokumentationspflichten (§ 11 HinSchG)	124
1. Beachtung des gesetzlich normierten Vertraulichkeitsgebots (§ 8 HinSchG)	124
2. Adressaten der Dokumentationspflicht	124
3. Form der Dokumentation	124
a) Dauerhafte Abrufbarkeit	125
b) Telefonisch oder im Wege anderer Sprachübermittlung eingehende Meldungen (§ 11 Abs. 2 HinSchG)	126
c) Meldung im Rahmen einer persönlichen Zusammenkunft (§ 11 Abs. 3 HinSchG)	128
4. Mitwirkungsrechte der hinweisgebenden Person	129

5. Keine gesetzlichen Dokumentationspflichten bei Durchführung des Verfahrens bzw. dem Ergreifen von Folgemaßnahmen	130
6. Aufbewahrungs- bzw. Löschfristen (§ 11 Abs. 5 HinSchG)	132
a) Aufbewahrungsfrist (§ 11 Abs. 5 Satz 1 HinSchG)	132
b) Gegenstand der Aufbewahrung	133
c) Berechnung bzw. Beginn der Aufbewahrungsfrist	134
d) Ausnahmen von der generellen Aufbewahrungs- bzw. Löschfrist (§ 11 Abs. 5 Satz 2 HinSchG)	134
e) Praktische Konkordanz mit dem Recht auf Löschung bzw. Vergessenwerden nach Art. 17 DSGVO?	135
IV. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte.	136
1. Unterrichtsrechte des Betriebsrats (§ 80 BetrVG)	137
2. Katalog betriebsverfassungsrechtlicher Mitbestimmungsrechte ..	140
a) Bedeutung des Gesetzes- und Tarifvorbehaltes in § 87 Abs. 1 Eingangshalbsatz BetrVG	140
b) Mitbestimmungsrechte bei der näheren Ausgestaltung der internen Meldestelle (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	141
c) Mitbestimmung bei der Einrichtung bzw. dem Betrieb elektronischer bzw. softwarebasierter Meldekanäle (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	145
3. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit der Besetzung einer internen Meldestelle (§ 99 Abs. 1 BetrVG)	149
a) Regelungsgehalt bzw. allgemeine Voraussetzungen der Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen (§ 99 BetrVG)	150
b) Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei einer Einstellung (§ 99 Abs. 1 Satz 1 BetrVG)	151
c) Versetzung bei (erstmaliger) Beauftragung zur Ausübung der Aufgaben einer internen Meldestelle neben bisheriger Tätigkeit (§ 99 Abs. 1 i. V.m. § 95 Abs. 3 BetrVG)	153
d) Zustimmungsverweigerungsgründe des Betriebsrats	155
4. (Ausgewählte) Beteiligungsrechte im Zusammenhang mit ggf. erforderlichen Schulungen zur Aufrechterhaltung der notwendigen Fachkunde nach § 15 Abs. 2 HinSchG	158
5. Weitere (ausgewählte) betriebsverfassungsrechtliche Aspekte ...	162
a) Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Betriebsrat, Gesamt- und Konzernbetriebsrat	162
b) Betriebsrat als mit den Aufgaben einer internen Meldestelle betrauter Dritter?	164

Kapitel F

Die Bedeutung des HinSchG für die öffentliche Hand

I. Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	167
II. Einrichtung externer Meldestellen (§§ 19 ff. HinSchG)	168
1. Externe Meldestelle des Bundes beim Bundesamt für Justiz (§ 19 HinSchG)	168
a) Zuständigkeit der externen Meldestelle des Bundes (§ 19 Abs. 4 HinSchG)	168
b) Unabhängigkeit der externen Meldestelle des Bundes (§§ 19 Abs. 2, 25 HinSchG)	169
c) Personal- und Sachausstattung der externen Meldestelle des Bundes (§ 19 Abs. 3 HinSchG)	170
d) Ausgestaltung bzw. Organisation der externen Meldestelle des Bundes	171
2. Externe Meldestellen der Länder (§ 20 HinSchG)	171
3. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als externe Meldestelle für spezifisch aufsichtsrechtliche Meldungen (§ 21 HinSchG)	171
4. Bundeskartellamt (BKartA) als externe Meldestelle für spezifisch wettbewerbsrelevante Meldungen (§§ 22 Abs. 1, 2 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 HinSchG)	172
5. Weitere externe Meldestellen (§ 23 HinSchG)	174
III. Aufgaben der externen Meldestellen (§ 24 HinSchG)	174
1. Errichtung und Betrieb von Meldekanälen (§§ 24 Abs. 1, 27 HinSchG)	174
2. Prüfung der Stichhaltigkeit von Meldungen (§ 24 Abs. 1 HinSchG)	176
3. Verfahrensführung bei externen Meldungen (§§ 24 Abs. 1, 28 HinSchG)	177
4. (Sonstige) Informations- und Beratungsaufgaben der externen Meldestellen	177
a) (Potenziell) hinweisgebende natürliche Personen (§ 24 Abs. 2 HinSchG)	177
b) Information zur Möglichkeit der Vornahme einer internen Meldung (§ 24 Abs. 2 Satz 2 HinSchG)	178
c) Veröffentlichungen im Internet (§ 24 Abs. 3 HinSchG)	178
d) Informationen für interne Meldestellen bzw. normverpflichtete Beschäftigungsgeber (§§ 24 Abs. 4, 13 Abs. 2 HinSchG)	179
5. Berichtspflichten der externen Meldestellen (§ 26 HinSchG)	179

IV. Unabhängigkeit der externen Meldestellen (§ 25 HinSchG)	180
1. Fachliche Unabhängigkeit im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse (§ 25 Abs. 1 Satz 1 HinSchG)	181
2. Beschränkte Aufsicht über externe Meldestellen (§ 25 Abs. 1 Satz 2 HinSchG)	181
3. Schulungserfordernis (§ 25 Abs. 2 Satz 1 HinSchG).	182
4. Zulässigkeit einer (zusätzlichen) Aufgabendelegation (§ 25 Abs. 2 Satz 2 HinSchG) und Vermeidung von Interessenkonflikten (§ 25 Abs. 2 Satz 3 HinSchG)	182
V. Verfahrensablauf bzw. Führung des Verfahrens nach §§ 28 ff. HinSchG	183
1. Eingangsbestätigung (§ 28 Abs. 1 HinSchG).	183
2. Zuständigkeitsprüfung: Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs (§ 28 Abs. 2 Satz 1 HinSchG).	185
3. Prüfung der Stichhaltigkeit (§ 28 Abs. 2 Satz 2 HinSchG)	186
VI. Ergreifen von Folgemaßnahmen (§ 29 HinSchG)	186
1. Behördliches Auskunftsverlangen (§ 29 Abs. 1 Satz 1 HinSchG)	187
2. Abschließend normierter Katalog an Folgemaßnahmen	188
a) Kontaktaufnahme mit dem von der Meldung betroffenen Beschäftigungsgeber (§ 29 Abs. 2 Nr. 1 HinSchG)	188
b) Verweis der hinweisgebenden Person an andere zuständige Stellen (§ 29 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG)	189
c) Abschluss des Verfahrens aus Mangel an Beweisen oder anderen Gründen (§ 29 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG).	190
d) Abgabe an zuständige Behörde zwecks weiterer Untersuchungen (§ 29 Abs. 2 Nr. 4 HinSchG)	190
VII. Katalog zum formalisierten Abschluss des Verfahrens	191
1. Abschluss des Verfahrens nach Prüfung der Stichhaltigkeit einer Meldung (§ 31 Abs. 1 HinSchG).	192
2. Weiterleitung wegen Unzuständigkeit oder Unmöglichkeit des Ergreifens eigener Folgemaßnahmen (§ 31 Abs. 2 HinSchG)	192
3. Abschluss des Verfahrens wegen Geringfügigkeit (§ 31 Abs. 3 HinSchG).	193
4. Abschluss des Verfahrens wegen wiederholter Meldung (§ 31 Abs. 4 HinSchG).	194
VIII. Rückmeldung gegenüber hinweisgebenden Personen	195
IX. (Schematischer) Ablauf des Verfahrens	196
X. (Weitere) Verfahrensgrundsätze	198
1. Recht auf Akteneinsicht (§ 28 Abs. 3 HinSchG)	198

2. Möglichkeit zur vorrangigen Behandlung von Verstößen von besonderer Schwere (§ 28 Abs. 5 HinSchG)	199
3. Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen (§ 30 HinSchG)	200
4. Mitteilungs- und Begründungspflichten bei einzelnen Verfahrensabschlüssen (§ 31 Abs. 5 und Abs. 6 HinSchG)	201
5. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs bzw. Entbehrlichkeit eines Vorverfahrens (§ 31 Abs. 7 HinSchG)	202
XI. Beamtenrechtliche Bedeutung des HinSchG	202
1. Beamtinnen und Beamte als Beschäftigte i. S. d. HinSchG	202
2. Meldung bzw. Offenlegung von Informationen über Verstöße, die strafbewehrt sind (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 HinSchG)	203
3. Meldung bzw. Offenlegung von Äußerungen von Beamtinnen und Beamten, die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 HinSchG)	204
4. Pflicht zur Meldung von Verstößen gegenüber dem Dienstherrn?	205
a) Abwesenheit von (beamtenspezifischen) Melde- bzw. Unterrichtungspflichten nach dem HinSchG	205
b) (Keine) Melde- bzw. Unterrichtungspflicht aufgrund beamtenrechtlicher Sonderrechtsbeziehung gegenüber Dienstherrn	206

Kapitel G

Vertraulichkeitsgebot und Datenschutzrecht

I. Das Vertraulichkeitsgebot und seine Ausnahmen (§§ 8, 9 HinSchG)	209
1. Grundlagen des Vertraulichkeitsgebots	209
2. Geschützte Personengruppen des Vertraulichkeitsgebots (§ 8 Abs. 1 Satz 1 HinSchG)	209
3. Adressat des Vertraulichkeitsgebots und kenntnisberechtigter Personenkreis (§ 8 Abs. 1 Satz 2)	211
4. Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot	212
II. Datenschutzrechtliche Erlaubnistatbestände, Vorgaben und Auskunftsansprüche	214
1. Grundsätze	214
2. Auskunftsansprüche und Informationspflichten	216
III. Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten (§ 6 HinSchG)	219

Kapitel H

Die Schutzmaßnahmen des HinSchG

I. Überblick über die Schutzmaßnahmen des HinSchG (§§ 33–39 HinSchG)	223
II. Die Schutzvoraussetzungen des HinSchG (§§ 33 f. HinSchG)	225
1. Eröffnung des persönlichen und sachlichen Anwendungsbereichs	225
2. Interne oder externe Meldung oder Offenlegung	227
a) Interne Meldung	227
b) Externe Meldung	228
c) Offenlegung	230
3. Gutgläubigkeit der geschützten Person	233
a) Gutgläubigkeit als Maßstab des Hinweisgeberschutzes	233
b) Tatsachenirrtümer	234
c) Rechtsirrtümer	235
d) Guter Glaube an den notwendigen Umfang der weitergeleiteten Informationen	236
e) Praktische Handhabung	237
III. Rechtsfolgen bei Erfüllung der Schutzvoraussetzungen	239
1. Ausschluss rechtlicher Verantwortlichkeit (§ 35 HinSchG)	239
2. Verbot von Repressalien (§ 36 HinSchG)	242
a) Inhalt des Repressalienverbots	242
b) Darlegungs- und Beweislast	244
3. Folgeansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche (§ 37 HinSchG)	247
IV. Verbot abweichender Vereinbarungen (§ 39 HinSchG)	249
V. Verhältnis zu Schutzquellen für Hinweisgeber außerhalb des HinSchG	250
VI. Schadensersatzanspruch zu Unrecht beschuldigter Personen	252

Kapitel I

Bußgeldvorschriften des HinSchG

I. Überblick	255
II. Bedeutung des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	256
III. Täter bzw. Beteiligte	258
IV. Bedeutung der ordnungswidrigkeitenrechtlichen Trias	259

V. Einzelne Ordnungswidrigkeiten nach dem HinSchG	261
1. Wissentliche Offenlegung unrichtiger Informationen (§ 40 Abs. 1 HinSchG)	262
2. Behinderung einer Meldung oder der auf eine Meldung folgenden Kommunikation (§ 40 Abs. 2 Nr. 1 HinSchG)	264
3. Nichterfüllung der Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb einer internen Meldestelle (§ 40 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG)	266
4. Ergreifen einer verbotenen Repressalie (§ 40 Abs. 2 Nr. 3 HinSchG)	269
5. Verstoß gegen die Pflicht zur Wahrung der Vertraulichkeit (§ 40 Abs. 3 HinSchG)	271
6. Fahrlässige Nichtwahrung des Vertraulichkeitsgebots nach §§ 40 Abs. 3, 8 Abs. 1 HinSchG (§ 40 Abs. 4 HinSchG)	273
7. Versuchte Ordnungswidrigkeiten nach § 40 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 HinSchG (§§ 40 Abs. 5 HinSchG; 13 Abs. 2 OWiG)	274
VI. Bußgeldrahmen (§ 40 Abs. 6 Satz 1 HinSchG)	276
VII. Verschiebung des Sanktionsrahmens	278
VIII. Zeitlich verzögerte Anwendung von § 40 Abs. 2 Nr. 2 HinSchG	279

Kapitel J

Das Verhältnis des HinSchG zu (einzelnen) ausgewählten Rechtsquellen

I. Beschwerdeverfahren nach dem LkSG	281
1. Normadressaten	282
2. Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens	283
a) Erfasste Risiken und Verletzungen	283
b) Zugänglichkeit des Beschwerdeverfahrens nach dem LkSG ..	284
c) Wahrung der Vertraulichkeit der Identität	285
d) Gewährleistung von wirksamem Schutz vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde	286
e) Formale und materielle Aspekte des Beschwerdeverfahrens ..	287
aa) Zugänglichkeit des Beschwerdeverfahrens	287
bb) Erforderlichkeit einer öffentlich zugänglichen Verfahrensordnung in Textform	288
cc) Öffentlich zugängliche Informationen zur Erreichbarkeit und Zuständigkeit sowie zur Durchführung des Verfahrens.	291
dd) Anonyme Nutzung des Beschwerdeverfahrens bzw. Pflicht zur Bearbeitung anonymer Meldungen?	292

3. Ausgewählte Aspekte zum Ablauf des Beschwerdeverfahrens	292
4. Anforderungsprofil der mit der Durchführung des Verfahrens betrauten Personen	296
a) Unparteilichkeit, Unabhängigkeit bzw. Weisungsfreiheit	296
b) Pflicht zur Verschwiegenheit	297
5. Beteiligung an einem externen Beschwerdeverfahren	298
6. Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten (§§ 8 Abs. 1, 9 Abs. 1, 10 Abs. 1 LkSG)	298
II. Geschäftsgeheimnisgesetz (hier: § 5 Nr. 2 GeschGehG)	299
1. Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach dem GeschGehG	300
2. Handlungsverbote nach § 4 GeschGehG	301
3. Ausnahmetatbestand nach § 5 Nr. 2 GeschGehG	302
a) Rechtswidrige Handlung oder berufliches oder sonstiges Fehlverhalten	302
b) Zur Aufdeckung	303
c) Geeignetheit zum Schutz des allgemeinen öffentlichen Interesses	303
4. Verhältnis zwischen GeschGehG und HinSchG	304
5. (Parallele) Anwendbarkeit von § 5 Nr. 2 GeschGehG und § 6 Abs. 1 HinSchG	305
Literaturverzeichnis	307
Stichwortverzeichnis	323